

Feminismus
Frauen in der arabischen Welt kämpfen gegen Sexismus und Islamophobie.
➟ Seiten 8-11



Genozid
Wie kam es zum Völkermord an den ArmenierInnen vor 100 Jahren?
➟ Seite 6-7



G7-Gipfel
Anfang Juni treffen sich die sieben mächtigsten Staaten der Welt in Bayern.
➟ Seite 4

16
Mai 2015

KLASSEGEGENKLASSE

Zeitschrift der **Revolutionären Internationalistischen Organisation** | Deutsche Sektion der **Trotzkistischen Fraktion – Vierte Internationale** | Preis: **1 Euro** | Solipreis: **2 Euro**

Warum wir einen Generalstreik brauchen

Die **Revolutionäre Internationalistische Organisation** (RIO) ist die deutsche Sektion der Trotzkistischen Fraktion – Vierte Internationale (FT-CI).

Klasse Gegen Klasse erscheint zehnmal im Jahr. Abos sind ab 25 Euro frei Haus erhältlich. Diese Zeitschrift wird auf Recycling-Papier gedruckt.

Redaktion: Wladek Flakin, Oskar Huber, Stefan Schneider. Layout: Wladek Flakin, Max Karlmann.
ViSdP: R. Müller, Hafenstraße 120, 20359 Hamburg, Eigendruck im Selbstverlag.



Am 28. April beginnt die internationale Konferenz der Trotzkistischen Fraktion.

International: Trotzkistische Fraktion – Vierte Internationale www.ft-ci.org

Argentinien: Partido de los Trabajadores Socialistas www.pts.org.ar
Mexiko: Movimiento de los Trabajadores Socialistas www.mtsmexico.org
Bolivien: Liga Obrera Revolucionaria por la Cuarta Internacional www.lorci.org
Brasilien: Movimento Revolucionário de Trabalhadores www.palavraoperaria.org
Chile: Partido de Trabajadores Revolucionarios www.ptr.cl
Venezuela: Liga de Trabajadores por el Socialismo www.lts.org.ve
Costa Rica: Liga de la Revolución Socialista lrscostarica.blogspot.com
Uruguay: Juventud Revolucionaria Internacionalista jrinternacionalista.wordpress.com
Spanischer Staat: Clase Contra Clase www.clasecontraclase.org
Frankreich: Mitglieder in der Courant Communiste Révolutionnaire innerhalb der NPA www.ccr4.org
Deutschland: Revolutionäre Internationalistische Organisation www.klassegegenklasse.org

NR. 16 MAI 2015

ONLINE LESEN…



Gigant in der Krise
Eine Krise erschüttert Brasilien. Die Kämpfe der ArbeiterInnen vermehren sich.



Demo fürs Streikrecht
Bis zu 1.000 Menschen demonstrieren in Frankfurt zur Verteidigung des Streikrechts.

Ein neues politisches Zentrum in Barcelona!

In Nou Barris, einem Stadtviertel von Barcelona, hat ein neues politisches Zentrum eröffnet. *Ateneu Flama del 36* (Flamme von 36) ist ein Raum für Jugendliche, ArbeiterInnen, Frauen und MigrantInnen, um sich zu treffen, zu organisieren, Kultur zu geniessen und Spaß zu haben.

Der Name bezieht sich auf die spanische Revolution, deren Epizentrum in Barcelona lag. Nachdem sie den Putsch von General Franco im Juli 1936 zurückgeschlagen hatten, übernahmen die ArbeiterInnen die Stadt.

Das Zentrum wird von *Clase Contra Clase*, der Frauengruppierung *Pan y Rosas*, der Jugendgruppierung *¡No Pasarán!* und unabhängigen ArbeiterInnen eröffnet. Am 24. April fand eine Veranstaltung von streikenden ArbeiterInnen der Telefongesellschaft *movistar* statt. Am gleichen Wochenende gab es außerdem eine Debatte über die spanische Revolution, ein Treffen von jungen, prekär beschäftigten ArbeiterInnen , eine Fotoausstellung sowie eine Stadtführung.

JedeR kann vorbeischauen! Carrer del Conveni 16, Nou Barris, Barcelona

Alte Ausgaben von Klasse Gegen Klasse ebenfalls erhältlich unter info@klassegegenklasse.org



Warum wir einen Generalstreik brauchen

VON STEFAN SCHNEIDER

„*Es gibt kein ruhiges Hinterland!*" Seit vielen Jahren rufen AntifaschistInnen diese Parole auf Demonstrationen. Und dennoch empfinden viele, dass Deutschland ruhig wie ein Friedhof ist. Aber das ändert sich allmählich. Im hiesigen imperialistischen Zentrum brechen sich immer mehr Kampfprozesse Bahn – gegen Prekarisierung, gegen Wohnungsnot, gegen die weitere Verschlechterung der Lebensbedingungen eines immer größeren Teils der Bevölkerung. Eine neue Schicht von kämpferischen ArbeiterInnen wächst heran. Wir sehen das bei den Streiks bei Amazon, bei der Post, bei den ErzieherInnen und LehrerInnen sowie bei den Streiks bei der Bahn, der Lufthansa, der Postbank und in der Krankenpflege…

Der Blick auf die stabilen Umfragewerte der Parteien täuscht: Weder „Mindestlohn" noch „Mietpreisbremse", weder der aktuelle (und kurzlebige) Konjunkturschub noch die offiziell niedrigen Arbeitslosenzahlen können vertuschen, dass es eine wachsende Unzufriedenheit vor allem in den prekärsten Schichten der ArbeiterInnenklasse gibt. Und immer mehr KollegInnen entscheiden sich für Kampf statt Resignation. Das ist auch eine Gegentendenz zur Polarisierung nach rechts, die sich in den letzten Monaten in Form von Pegida und Co. und in immer mehr rassistischen Angriffen auf Geflüchtete geäußert hat.

Angriff aufs Streikrecht

Wie sehr die herrschende Klasse eine schärfere Streikkonjunktur in Deutschland fürchtet, zeigt sich in dem Aufwand, mit dem die deutsche Regierung sie bekämpft: Denn der aktuelle Angriff auf das Streikrecht ist der schärfste Angriff auf die Rechte der Lohnabhängigen seit der Agenda 2010.

Schon seit 2010 wird daran gefeilt, doch spätestens seit den Streiks der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) in den letzten Monaten ist für die Bundesregierung klar, dass solch ein „Ausnahmezustand" für sie nicht mehr tolerierbar ist. Das „Tarifeinheitsgesetz", welches – vereinfachend gesagt – nur derjenigen Gewerkschaft ein Streikrecht erteilt, welche im Betrieb die Mehrheit besitzt, stellt *de facto* die Abschaffung des Streikrechts dar.

Dieser massive Angriff auf ein Grundrecht der ArbeiterInnenklasse kommt natürlich nicht von ungefähr: Die Agenda-Politik, die verschärften Tendenzen zur Prekarisierung und die schwache weltwirtschaftliche Konjunktur stellen die klassische Sozialpartnerschaft in Frage – und zwar von oben. Nicht umsonst befindet sich die Tarifbindung deutscher Unternehmen auf einem historisch niedrigen Niveau, während die Gewerkschaftsfeindlichkeit deutscher Bosse immer weiter steigt.

Streikkonjunktur steigt

Demgegenüber existiert in Deutschland eine wachsende Streikbereitschaft, sowohl in prekären Bereichen als auch in einigen Schlüsselsektoren der Infrastruktur, die inzwischen zu einem Großteil in Spartengewerkschaften organisiert sind. Potentiell sind beide Sektoren für das deutsche Kapital gefährlich: Unmittelbar können die Spartengewerkschaften der Kapitalakkumulation leichter einen Strich durch die Rechnung machen, doch das Entstehen einer kampfbereiten Schicht von prekär beschäftigten KollegInnen stellt einen großen Teil des Akkumulationsmodells in Frage, welches das deutsche Kapital mit der Agenda 2010 durchgesetzt hat.

Die aktuellen Arbeitskämpfe in beiden Feldern werden durch die Gewerkschaftsbürokratien bis auf einzelne symbolische Aktionen stark getrennt gehalten. Nichtsdestoweniger gibt es wichtige Bewegungen an der Basis – und dort sind besonders die KollegInnen von Amazon in einer VorreiterInnenrolle –, die auf mehr Koordinierung und mehr gemeinsame Aktionen pochen.

Diese Tendenzen müssen RevolutionärInnen vorantreiben. Die aktuellen Kämpfe bei Amazon, bei der Post, bei den ErzieherInnen und LehrerInnen, bei der Krankenpflege und bei der Bahn: Ihre Bedeutung geht weit über den ökonomischen Rahmen hinaus – gerade wenn sie sich miteinander verbinden. Nicht zuletzt im Kontext des Angriffs auf das Streikrecht sind sie auch politische Kämpfe, in dem Sinne, dass sie das etablierte Akkumulationsmodell des deutschen Kapitals herausfordern.

Doch die Gewerkschaftsapparate beschränken sich darauf, das geplante Tarifeinheitsgesetz mit rein formell-juristischen Methoden wie einer Verfassungsbeschwerde abzuwenden. Hier offenbart sich ein weiteres Mal die Notwendigkeit des Aufbaus einer klassenkämpferischen Basisbewegung, die unsere Gewerkschaften von ihren Bürokratien zurückerobert. Die ArbeiterInnenklasse muss sich selbst organisieren und vereint diesen Angriff zurückschlagen.

Perspektive? Generalstreik!

Die Verbindung der aktuellen Arbeitskämpfe wäre deshalb nicht nur ökonomisch schlagkräftiger, sondern auch potentieller Katalysator der Politisierung einer Avantgarde der ArbeiterInnenbewegung. Die Perspektive, die RevolutionärInnen in diesen Prozess hineintragen müssen, erschöpft sich dabei nicht nur in der Koordinierung von Streiks und der Notwendigkeit der Selbstorganisation der KollegInnen, sondern beinhaltet auch darüber hinaus die politische Perspektive des Kampfes gegen die Regierung.

Eine Methode der ArbeiterInnenbewegung für diesen Kampf ist der Generalstreik, der alle Kämpfe miteinander verbindet und sich gegen die Regierung richtet – unabhängig davon ob es sich um ErzieherInnen, LokführerInnen, LehrerInnen oder um Geflüchtete als illegalisierten Teil der ArbeiterInnenklasse handelt.

Unsere Parole heißt deshalb: Streikrecht verteidigen, auf einen Generalstreik hinarbeiten! Ein erster Schritt dahin muss die Intensivierung des Kampfes gegen das Tarifeinheitsgesetz sein.

Von Blockupy zu G7

PROTESTE: Am 7.-8. Juni treffen sich die Regierungschefs der sieben mächtigsten Staaten im bayerischen Elmau. Werden wir eine Wiederholung der Blockupy-Proteste erleben?

VON MARIUS MAIER

Am 18. März demonstrierten Zehntausende in Frankfurt gegen die Europäische Zentralbank. Anfang Juni treffen sich die Regierungschefs der sieben mächtigsten Staaten im bayerischen Elmau. Damit stehen bereits die nächsten Proteste gegen die internationalen Institutionen des Kapitals an.

Die Blockupy-Proteste richteten sich gegen die Spardiktate für Griechenland. Dabei wurde von vielen Seiten die Solidarität mit der griechischen Syriza-Regierung betont. Syriza jedoch setzt die Sparauflagen nahezu unverändert durch: Monat für Monat überweist sie hunderte Millionen Euro an die GläubigerInnen und lässt dafür die breite Bevölkerung bluten. Von ihren Wahlversprechen, etwa der Rücknahme von Privatisierungen, der Wiedereinstellung von BeamtInnen oder der Anhebung der Mindestlöhne ist nichts übrig geblieben.

Als wäre das nicht genug, stimmte die Linkspartei, die immerhin auch die Blockupy-Proteste mitorganisierte, im Parlament mit Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) für die Sparauflagen – im Bestreben, sich für eine mögliche Regierungsbeteiligung ab 2017 zu empfehlen. Dies trug auch dazu bei, dass das Blockupy-Bündnis sich eher abstrakt gegen den Kapitalismus im Allgemeinen richtete und nicht bereit war, die Streichung aller griechischen Schulden zu fordern.

Geopolitische Spannungen

Die Durchsetzung der Spardiktate ist ein Zeichen des Aufstiegs des deutschen Imperialismus, der die weltweite Krise ab 2008 dazu nutzen konnte, die wirtschaftliche und politische Führungsrolle in Europa einzunehmen. In der Ukraine-Krise arbeitet das deutsche Kapital daran, seinen Einfluss auch in Osteuropa zu stärken und dabei sowohl Russland in die Schranken zu weisen, als auch gegenüber den USA offensiver aufzutreten. Der pro-westliche Putsch von der Kiewer Maidan-Bewegung und der BürgerInnenkrieg in der Ostukraine stellen die größten geopolitischen Spannungen seit dem Ende des Kalten Krieges dar. Die westlichen Staaten haben den russischen Präsidenten Wladimir Putin von ihren Treffen ausschlossen und der vormalige G8-Gipfel nur noch als G7-Gipfel stattfinden wird.

Ein zentrales Thema der diesjährigen G7-Konferenz wird auch die Lage im Nahen Osten mit dem syrischen BürgerInnenkrieg und dem Aufstieg des Islamischen Staates (IS) sein. Dieses reaktionäre Monstrum wurde überhaupt erst durch die imperialistischen Kriege der letzten Jahre geschaffen. Was die G7-Staaten nun anbieten wollen, sind weitere imperialistische Interventionen zur Bekämpfung des IS. Auch wenn die USA den IS militärisch besiegen könnten, so würden ihre Bomben nur neue, ähnlich reaktionäre Bewegungen hervorrufen. Nur mit einer sozialistischen Perspektive von z.B. Landverteilungen an die verarmten Bauern/Bäuerinnen und Enteignungen der großen Unternehmen unter ArbeiterInnenkontrolle ist der IS tatsächlich zu bekämpfen – und diese Perspektive lässt sich nur gegen den Imperialismus verwirklichen.

Abschottungspolitik

Die mörderische Abschottung der europäischen Grenzen und die rassistische Gesetzgebung, die Geflüchtete ihrer elementarsten bürgerlichen Rechte beraubt, werden ebenfalls bei den Anti-G7-Protesten thematisiert werden. Fast jede Woche kommen hunderte Menschen an den europäischen Außengrenzen und im Mittelmeer ums Leben. Bürgerliche PolitikerInnen und Medien versuchen mit dem Hinweis auf „kriminelle Schlepperbanden" von der Schuld des Regimes abzulenken.

Daher wird es eine zentrale Aufgabe bei den Protesten gegen die G7-Staaten sein, nicht nur offene Grenzen und Bleiberecht für alle zu fordern, sondern konkret die Verantwortlichen für die Toten im Mittelmeer zu benennen: die europäischen Regierungen, allen voran die deutsche Bundesregierung, die mit Unterstützung der Grünen immer wieder das Asylrecht verschärft und die Militarisierung der Außengrenzen weiter vorantreibt.

Repression

Schon jetzt reden bürgerliche Medien und PolitikerInnen Krawalle geradezu herbei. Insbesondere der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) tut sich als Scharfmacher hervor. *„Wer im Kofferraum Pflastersteine und Anti-G7-Flugblätter transportiert, wird zurückgeschickt"*, argumentiert er für die Wiedereinführung der Grenzkontrollen für die Zeit des Gipfels. Dieser wird geradezu militärisch durch 15.000 PolizistInnen von den Protestierenden abgeschirmt sein.

Es gilt daher auch, die wachsenden antidemokratischen Tendenzen in der BRD aufzuzeigen. Der italienische Aktivist Fede wurde bei Blockupy festgenommen und sitzt nach wie vor ohne Gerichtsverhandlung in Haft – ein willkürliches Zeichen zur Abschreckung. Im Mai soll zudem das Tarifeinheitsgesetz im Bundestag verabschiedet werden, das das Streikrecht massiv einschränkt. Auch dagegen muss das Anti-G7-Bündnis mobilisieren.

Die Proteste gegen den G7-Gipfel haben durch ihre Organisierungs- und Mobilisierungskraft das Potential, ernsthafte Gegenwehr gegen den deutschen Imperialismus und seine antidemokratischen Methoden mit vorzubereiten. Die Voraussetzung dafür ist jedoch, dass sie nicht bei ein paar Demonstrationen in den sommerlichen Alpen stehen bleiben, sondern durch die Zusammenführung von sozialem Protest und den aktuellen Arbeitskämpfen eine echte Macht gegen das deutsche Regime aufbauen.



VON LILLY FREYTAG

Wohin geht die Weltwirtschaft?

ÖKONOMIE: Eine langfristige Erholung der Weltwirtschaft ist nicht in Sicht. Stattdessen erwartet uns perspektivisch eine Gleichzeitigkeit von Stagnation und Finanzblasen.

Stehen wir vor einem neuen Wirtschaftsboom? Die bürgerlichen Wirtschaftsforschungsinstitute und der Internationale Währungsfond (IWF) jedenfalls prognostizieren für die BRD eine Erholung der Konjunktur und korrigierten kürzlich ihre Wachstumsprognosen nach oben, auf 2,1 bzw. 1,6 Prozent.[1] Doch auch wenn schon ein neuer Boom ausgerufen wird, läge das Wachstum damit nur leicht über dem durchschnittlichen Wachstum der letzten 15 Jahre vor der Krise. Währenddessen steigen die Aktienkurse in Frankfurt mit rasantem Tempo. Weltweit wird ein schwaches Wachstum erwartet, auch wenn der Aufschwung in den USA relativ stark ist und auch hier die Aktienkurse sich in einem Höhenflug befinden.

Grund zum Feiern ist das aber nicht: Denn anders als vielerorts erwartet, hat die Wirtschafts- und Finanzkrise keine neue Periode von schnellem Wachstum durch fallende Zinssätze und zerstörte Produktionskapazitäten erzeugt. Stattdessen ist weltweit betrachtet eine Situation der relativen Stagnation erkennbar, mit niedrigen Investitionsraten und deflationären Tendenzen, das heißt einer niedrigen bis negativen Inflationsrate. Die Zinssätze befinden sich auf einem historischen Tief, unter anderem durch die Geldpolitik der US-amerikanischen Federal Reserve und der Europäischen Zentralbank (EZB). Offizielles Ziel dieser Maßnahmen ist unter anderem die Ankurbelung der Investitionen.

Säkulare Stagnation

Bürgerliche ÖkonomInnen wie Larry Summers oder Paul Krugman vertreten deshalb die These der säkularen (d.h. langfristigen) Stagnation. Sie gehen davon aus, dass die Weltwirtschaft langfristig zwischen Stagnation und Finanzblasen schwankt. Der Mechanismus, den sie ausmachen, besteht einerseits darin, dass heutzutage nur noch Finanzblasen in der Lage seien, Zinssätze so weit zu senken, dass sich Investitionen lohnen. Andererseits könne die Nachfrage nur noch durch Konsumkredite so hoch gehalten werden, dass Unternehmen ihre Produkte auch verkaufen können. Sie sprechen von einem Dualismus von Finanzblasen und Stagnation – beides wechselt sich miteinander ab und bedingt sich gegenseitig. Der Aufschwung in Deutschland wäre nach dieser Interpretation eng verknüpft mit dem Boom auf den Aktienmärkten.

ÖkonomInnen wie Summers und Krugman können die aktuellen ökonomischen Tendenzen zwar empirisch erkennen, aber letztendlich nicht erklären. Neben dem fehlenden Verständnis für die innere Logik, die diesen Tendenzen zu eigen ist, blenden sie beispielsweise auch völlig die Rolle aus, die die Kräfteverhältnisse zwischen den Imperialismen für die wirtschaftliche Entwicklung haben. MarxistInnen müssen diese Beobachtungen demgegenüber auf ihren materialistischen Kern zurückführen.

Beides, die Tendenz zur Stagnation und die Tendenz der Entstehung von Finanzblasen, liegt in der Überakkumulation von Kapital seit den 70er Jahren begründet. Es kam zu einer Situation, in der Kapital nicht mehr auf einer erweiterten Stufe produktiv investiert werden konnte. Dieses Problem löste das Kapital temporär durch die neoliberale Offensive, die eine Ausdehnung der Kapitalakkumulation auf China und Osteuropa ermöglichte, irgendwann aber auch an eine Grenze stoßen musste.

Eine ähnliche Rolle spielte die Deregulierung von Finanzmärkten und die Liberalisierung von Kapitalströmen, die zu einem Wachstum des fiktiven Kapitals, in Form von Aktien oder Anleihen, führten. Es handelt sich dabei im Grunde um Ansprüche auf zukünftige Profite. Wenn das fiktive Kapital wächst, ohne dass dabei die grundlegenden Probleme der Überakkumulation gelöst werden, steigt letztendlich aber nur der Preis der Aktien oder Anleihen, nicht der gesellschaftlich produzierte Wert, auf den diese einen Anspruch erheben. Das ist ein Zustand, der nicht auf Dauer aufrecht zu erhalten ist.

Das Wachstum des fiktiven Kapitals führt zu einer Finanzblase, die irgendwann platzen muss. Da die strukturellen Probleme der Überakkumulation aber fortbestehen, folgt auf das Platzen der Blase wieder die nächste. Anzeichen dafür, dass dies heute der Fall ist, ist der rasante Anstieg der Aktienkurse.


Paul Krugman


Larry Summers

Keynesianismus oder Revolution

Angesichts dieser Situation werden die Stimmen immer lauter, die (neo-)keynesianische Lösungen vorschlagen und teilweise von Linken dafür gefeiert werden, wie im Falle des griechischen Finanzministers Yanis Varoufakis. Sie schlagen vor, Investitionen des Staates anzukurbeln, um mehr Nachfrage und Arbeitsplätze zu schaffen. Dabei sind sie nicht in der Lage, das Problem der Überakkumulation grundlegend zu lösen, sondern schaffen es nur, die Krise weiter hinauszuzögern.

Sie beweisen sich damit wieder einmal als die besten VerteidigerInnen des Kapitalismus, der an seine eigenen Grenzen stößt und nur noch durch massive Zerstörung produktiver Kapazitäten beispielsweise durch einen Krieg wieder in der Lage wäre, Akkumulation zu ermöglichen. Lösungen, die letztendlich darauf abzielen den Kapitalismus am Leben zu erhalten, können nicht progressiv sein.

1. Süddeutsche Zeitung: Warum Deutschlands Wirtschaft boomt. 17. April 2015. http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/wirtschaft-im-aufschwung-gute-laune-alarm-1.2438067.

Der Genozid an

VON BARAN SERHAD

Im Jahr 1915, während des ersten Weltkriegs, wurden 1,5 Millionen ArmenierInnen ermordet. Dieser Völkermord bildete die Basis für die Gründung des türkischen bürgerlichen Nationalstaates. Die blutige Konfiszierung armenischen, jüdischen und griechischen Eigentums diente als Grundlage zur Schaffung der türkischen Bourgeoisie. In den Geschichtsbüchern steht, dass der Völkermord am 24. April 1915 seinen Anfang fand, als Talat Pascha, der Innenminister und Führer der JungtürkInnen[1], in Istanbul die Verhaftung der führenden VertreterInnen der ArmenierInnen anordnete. Dabei geschah der Völkermord nicht plötzlich, sondern vor dem Hintergrund einer Regimekrise mit systematischen Massakern an den ArmenierInnen.

Die Politik der OsmanInnen in der Periode des Niedergangs

Als Abdülhamid II. im Jahr 1876 den Thron bestieg, befand sich das Osmanische Reich aufgrund zahlreicher Aufstände und ineffektiver Freihandelsabkommen mit den europäischen Staaten in einer ökonomischen und politischen Krise. Ein Jahr nach seiner Machtübernahme gerieten die OsmanInnen in einen Krieg mit dem zaristischen Russland. Der Krieg endete mit der Niederlage für die OsmanInnen, wodurch sie durch den Friedensvertrag von San Stefano 1878 *de facto* den gesamten europäischen Raum an Russland verloren.

Die britischen und französischen ImperialistInnen aber waren mit der neuen Machtkonstellation im Balkan unzufrieden. Sie versuchten die Zersetzung des Osmanischen Reiches zu beschleunigen und schlossen im Jahr 1878 in Berlin einen Vertrag, der ihren Einfluss auf die Region verstärkte. Er enthielt den Artikel 61 über die Minderheitenfrage, der Reformen und Autonomie für die ArmenierInnen versprach, welche allerdings nie erfüllt wurden. Vor dem Hintergrund einer dauerhaften ökonomischen und politischen Krisensituation organisierten sich die ArmenierInnen in Istanbul und Ostanatolien, inspiriert von den sozialrevolutionären Narodniki in Russland. Sie versuchten ihre Befreiung mit individuellen Terroraktionen durchzusetzen.

Erste Massaker an den ArmenierInnen fanden von 1894 bis 1896 statt, als bis zu 300.000 ArmenierInnen mit Hilfe von kurdisch, turkmenisch und yörükisch geprägten Hamidije-Truppen ermordet wurden. Das eigentliche Ziel von Sultan Abdülhamid II. war die Beendigung der Aufstände und die Bewahrung seiner Macht. Selbstverständlich wurden die Hamidije-Truppen für den blutigen Dienst von dem Sultan belohnt. Sie plünderten das Eigentum der ArmenierInnen, vergewaltigten, folterten und mordeten. Daher bekam Abdülhamid II. den Namen „roter Sultan", vom vergossenen Blut der ArmenierInnen.

Leo Trotzki analysierte die Lage wie folgt: *„Auf dem Berliner Kongress widmete Europa Mazedonien den Paragraphen 23 und Armenien den Paragraphen 61, die beiden Ländern Reformen versprachen. Und obwohl sich Europa das Recht vorbehielt, die Einführung dieser Reformen zu überwachen, verschlechterte sich die Lage in den genannten Gebieten mit jedem Jahr mehr und führte sogar mehrmals zu blutigen Aufständen, da die Durchsetzung der Reformen der Türkei selbst überlassen blieb. […] Anstelle der weitreichenden Reformen, die dieses Memorandum den Armenien versprochen hatte, ergossen sich über die Armenier die Greuel einer neuen Welle von Massenvernichtungen."*[2]

Die bürgerliche Revolution von 1908

Die JungtürkInnen, nationalistisch gesinnte Militäroffiziere, organisierten sich im Komitee für Einheit und Fortschritt (KEF) als Opposition gegen die Zerstückelung des Reiches durch die imperialistischen Mächte und das feudale Regime des Sultans, das sich als unfähig erwies, das Land aus der ökonomischen und politischen Krise herauszuholen. Eine Zeit lang waren die in der II. Internationale organisierten armenischen Daschnaken Teil der jungtürkischen Bewegung. Sie schlossen sich im Jahr 1907 gegen Sultan Abdülhamid II. dem KEF an. Die Aufstände gegen den Sultan endeten im Jahr 1908 mit der bürgerlichen konstitutionellen Revolution.

1. Die JungtürkInnen organisierten sich im Komitee für Einheit und Fortschritt *(Ittihad ve Terraki)*.

2. Leo Trotzki: Die Zersetzung der Türkei und die armenische Frage. In: Die Balkankriege 1912-13. Essen 1996. S. 275-276.

den ArmenierInnen

TÜRKEI: Am 24. April 2015 jährte sich der Völkermord an den ArmenierInnen zum 100. Mal – und wird immer noch geleugnet. Er bildete die Grundlage für die Gründung des türkischen bürgerlichen Nationalstaates und die Entstehung der türkischen Bourgeoisie.

Die bürgerliche Revolution wurde zunächst von nichtmuslimischen Minderheiten begrüßt, da sie die Erfüllung bürgerlich-demokratischer Forderungen versprach. Die JungtürkInnen zielten in der Außenpolitik auf die Zurückeroberung türkischer Gebiete ab, um sich von dem Druck der imperialistischen Mächte zu befreien. Nach den landesweiten Wahlen eroberten sie die Macht und entmachteten *de facto* den Sultan, auch wenn sie ihn nicht absetzten und offiziell die konstitutionelle Monarchie vertraten.

Die Daschnaken forderten nach der bürgerlichen Revolution unter anderem die Auflösung der Hamidije, Bewegungsfreiheit in den armenischen Gebieten, den Rückzug aller Dekrete von 1894 bis 1908, die gegen ArmenierInnen erlassen worden waren, und die Freilassung aller armenischer Gefangenen. Das KEF akzeptierte alle Forderungen der Daschnaken und die ArmenierInnen erhielten sogar im Jahr 1909 einige von den Hamidije besetzte Grundstücke zurück.

Doch die bürgerliche Revolution allein konnte keine Antwort auf die Instabilität des Regimes, den Einfluss der Imperialismen, die Ausbeutung und die Unterdrückung finden. Trotzki analysierte 1909 die Phase der bürgerlichen Revolution: *„Die Jungtürken haben den Zenit ihres Einflusses erreicht. Im Parlament besitzen sie die Mehrheit. Ein Jungtürke ist Vorsitzender. […] Ihre Aufgaben nach (wirtschaftliche Selbstständigkeit, national-staatliche Einheit und politische Einheit) ist die türkische Revolution die Selbstbestimmung der bürgerlichen Nation und knüpft in diesem Sinne an die Traditionen von 1789-1848 an. Das ausführende Organ der Nation war jedoch die Armee, die von Offizierskorps geführt wurde, – und das verlieh den Ereignissen sofort den planmäßigen Charakter von militärischen Manövern. […] Alle lange unterdrückten sozialen Leidenschaften treten nunmehr offen zutage, da das Parlament für sie ein Zentrum geschaffen hat. Bitter enttäuscht werden diejenige sein, die denken, die türkische Revolution sei zu Ende. Und zu den enttäuschten wird nicht nur Abdul-Hamid gehören, sondern offenbar auch die Partei der Jungtürken.“*[3]

Das Land befand sich in einer tiefgehenden Regimekrise und daraus entstanden politische Differenzen innerhalb der JungtürkInnen, die Spaltungen und weitere Massaker verursachten. Die Unruhe gegenüber der nationalistischen Außenpolitik der Regierung auf dem Balkan nahm zu, Korruption und fraktionelle Kämpfe (zwischen AnhängerInnen des deutschen und britischen Imperialismus) verschärften sich. In der Periode von 1911 bis 1913 brachen im Parlament mehrfach Konflikte zwischen dem KEF und der liberalen Freiheits- und Einigkeitspartei aus. Da das KEF unter der Führung von Said Pascha nicht mehr regierungsfähig war und nur mittels Gewalt und Korruption die Wahlen gewann, bildete sich in der Armee eine kräftige Gruppe, die die Regierung des KEF von der Macht entfernte.

3. Leo Trotzki: Die neue Türkei. In: Ebd.. S. 27-29



ONLINE LESEN...
Alexej Peschkow: Wer waren die Daschnaken?

Das Triumvirat als Hauptakteur

Die bürgerliche Revolution von 1908 verlor trotz einiger progressiver Elemente sehr schnell ihre Errungenschaften, da kein politischer Akteur über die kulturell-ethnischen Dimensionen hinaus ein demokratisches Programm aufstellte, das die Interessen der ArbeiterInnen und der Bauernschaft unbefleckt von nationalistischem Gift vertrat, auch nicht die ArmenierInnen. Die Fraktionen innerhalb des KEF verfolgten einen nationalistischen und zentralistischen Kurs, ohne dabei mit dem Imperialismus zu brechen, während die armenischen Daschnaken entweder mit individuellen Terroraktionen oder Aufrufen an die Imperialismen die Befreiung Armeniens erreichen wollten.

Da die türkische Regierung in den Balkankriegen eine massive Niederlage erlitt und die armenischen Gruppen aufgrund der Abrechnung mit dem KEF nur noch einen nationalistischen Kurs fuhren, nutzte das KEF die aufgeheizte Atmosphäre des Landes zugunsten seiner nationalistischen Interessen und übernahm die Macht mit einem Militärputsch im Jahr 1913. Der Hauptakteur dieses Putsches war ein Triumvirat bestehend aus Enver Pascha, Talat Pascha und Cemal Pascha, die einen pan-türkischen und pan-islamischen Kurs verfolgten und keine Lebenschance für die ethnischen und religiösen Minderheiten gewährleisteten.

Die Autonomie-Forderungen der Daschnaken wurde in dieser Phase als Separatismus bewertet und mit Verrat gleichgesetzt. Das Triumvirat entwickelte gute Beziehungen zum deutschen Imperialismus, der dadurch seinen Einfluss auf das Land vergrößerte. So wurden türkische Offiziere von den Deutschen ausgebildet und der Generalfeldmarschall „Goltz-Pascha“ forcierte unter Absprache mit Kriegsminister Enver Pascha die Aufrüstung der Armee durch deutsche Rüstungsexporte. Sowohl in Istanbul als auch im Osten spielte der deutsche Imperialismus eine entscheidende Rolle in der türkischen Armee und der Regierung. Die TürkInnen beteiligten sich am ersten Weltkrieg an der Seite des deutschen Reichs gegen das zaristische Russland.

Die Niederlage gegen Russland bei der Schlacht von Sarikamis im Januar 1915 brachte große Verluste auf der osmanischen Seite mit sich. Da armenische Gruppen auf der Seite Russlands am Krieg beteiligt waren, begann das Triumvirat gezielte Aktionen gegen die ArmenierInnen durchzuführen. Am 24. April wurden hunderte armenische KünstlerInnen, PolitikerInnen und Intellektuelle zur Deportation nach Ankara festgenommen und zu Tode gefoltert. Die Regierung vertrieb landesweit mindestens zwei Millionen ArmenierInnen aus ihren Häusern und zwang sie zu langen Fußmärschen nach Syrien. Währenddessen wurden sie gefoltert, vergewaltigt, an MuslimInnen verkauft und ermordet. Viele verhungerten oder erkrankten unter menschenunwürdigen Bedingungen. Am 27. Mai 1915 verabschiedete die türkische Nationalversammlung ein Deportationsgesetz, das die Konfiszierung des Eigentums der ArmenierInnen beinhaltete, worauf sich die türkische Bourgeoisie stützt. Mindestens 1,5 Millionen ArmenierInnen fanden innerhalb von kurzer Zeit den Tod.



Feminismus westliche

FRAUENBEWEGUNG IN DER ARABISCHEN WELT: Nach den Attentaten von Paris nahmen Islamophobie, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der westlichen Welt zu. Die Position der Frau wird als Symbol des „Rückschritts und der Barbarei" der gesamten arabischen und muslimischen Welt verstanden.

VON CYNTHIA LUB
(CLASE CONTRA CLASE, BARCELONA)

Der „Kampf der Kulturen" spiegelt sich auch im Feminismus wider. Arabische Frauen werden oft exotisiert und sind rassistischen Vorurteilen des „Orientalismus" ausgesetzt. „Höhere westliche Werte" könnten die „unterwürfigen und passiven Frauen" angeblich befreien. In dieser falschen Gegenüberstellung werden die Kämpfe von Frauen aus den kolonialen und halbkolonialen Ländern verheimlicht. Stattdessen wird eine eurozentristische Verallgemeinerung „der Anderen" erzeugt.

Dadurch wird die Behauptung einer falschen Überlegenheit oder eines Fortschritts verbreitet, der mit dem Westen verbunden sei. Als hätte die Mehrheit der arabischen, muslimischen, afrikanischen oder lateinamerikanischen, armen oder arbeitenden Frauen, die in Europa oder den USA leben, nicht unter Geschlechterunterdrückung, Lohnungleichheit, Prekarisierung und Frauenmord zu leiden… auch wenn sie in „westlichen und christlichen" Gesellschaften leben und geboren wurden.

Doch die arabischen und muslimischen Frauen haben die spezifische historische und soziale Realität, auf der ihre Unterdrückung beruht, erkannt – ebenso wie die allgemeinen Probleme ihrer Klassenschwestern, wie harte Arbeitsbedingungen, ungleiche politische und soziale Rechte, sexueller Missbrauch und Gewalt.

Die verschiedenen Kampfstrategien der „Frauen des Harems"

Der Geschichte der muslimischen und arabischen Frauen hat bewiesen, dass sie die Grenzen des Bildes der „Frauen des Harems" überwunden haben. Sie haben die Art ihrer Unterdrückung erkannt genauso wie die Strategie für die Befreiung von den doppelten Ketten: von der Unterdrückung durch die einheimischen Mächte und die westliche Kolonialmacht der imperialistischen Staaten.

Die feministische

und Islamophobie

Bewegung und die muslimischen und arabischen Frauen haben für eine große Anzahl an Rechten gekämpft. Sie traten für das Frauenwahlrecht ein, für politische Beteiligung, für die Gleichheit der Arbeits- und Ausbildungsbedingungen, für verschiedenste Forderungen in Bezug auf die Polygamie (die nur für die Männer existiert und die Frauen gefährdet), für die Einschränkung des totalen Rechtes der Männer auf Scheidung und für die Erhöhung des Hochzeitsalters von Mädchen.

Die marxistische Feministin Nawal al Saadawi[1] aus Ägypten ist Psychiaterin und Schriftstellerin. Sie erzählt, wie sich die Frauen zu Beginn des 20. Jahrhunderts in die industrielle ArbeiterInnenbewegung Ägyptens eingliederten. Sie waren die ersten, die die Fabriken für Forderungen wie die Verringerung der Arbeitszeit und einen geregelten Mutterschutzurlaub bestreikten und besetzten. Viele mussten ihre Schwangerschaft verheimlichen, um nicht gefeuert zu werden, oder mussten mit gefährlichen Abtreibungspraktiken ihr Leben aufs Spiel setzen.[2] Diese Situation ist denen der spanischen Frauen unter der Franco-Diktatur nicht unähnlich.

Das Aufkommen von Schriftstellerinnen war sehr wichtig, da sie die Unterdrückung der Frauen schildern und erste Vorstellungen der Befreiung liefern konnten. Ein Beispiel hierfür ist Hafni Nassif aus Ägypten, die für den Bildungszugang von Mädchen kämpfte und in der Presse über Scheidung, Hochzeit oder das Zusammentreffen von Frauen schrieb. Eine andere wichtige Figur war May Ziada, eine der ersten ägyptischen Schriftstellerinnen. Sie gründete zwischen 1915 und 1916 einen Literatursalon in Kairo, wo die Forderungen der Frauen gemeinsam mit Männern diskutiert wurden. Sie wurde von ihrer Familie verstoßen und aufgrund niemals nachgewiesener mentaler Probleme eingesperrt.[3]

Die feministische Historikerin Mary Nash erklärt wie *„die Frauen viele Mittel und Strategien einsetzten, um ihre eigenen Rechte ebenso wie die nationale Befreiung zu erlangen, vor, während und nach den Dekolonialisierungsprozessen“*.[4] So spielten sie in Ägypten, Tunesien, Marokko und Algerien eine wichtige Rolle in diesen Prozessen. Nawal al Saadawi berichtet, wie bei Demonstrationen von Frauen Telegraphenmasten zerstört und Zugschienen sabotiert wurden, um das Durchkommen der britischen Truppen während der Proteste von 1919 zu verhindern. Andere versuchten, die Gefängnisse zu stürmen, in denen die AnführerInnen der Bewegung festsaßen. Hunderte Frauen wurden dafür umgebracht.[5]

Die bekannte Feministin Fatima Mernissi[6] stellt nicht nur die einheimischen Herrschenden in Frage, sondern auch einen Teil des westlichen Feminismus, der die Kraft der arabischen Frauen unterbewertet:

„Wenn ich eine westliche Feministin treffe, die glaubt, dass ich ihr für meine Entwicklung im Feminismus dankbar sein muss, dann zweifele ich zwar nicht an der Zukunft der internationalen Solidarität der Frauen, aber ich zweifele an der Fähigkeit des westlichen Feminismus, soziale Bewegungen aufzubauen, die in der Lage sind, einen strukturellen Wandel in den Zentren ihres eigenen industriellen Imperiums herbeizuführen. Eine Frau, die sich als feministisch bezeichnet, weil sie sich ihrer Situation bewusst geworden ist, sollte sich fragen, ob sie dies mit Frauen aus anderen sozialen Klassen ihrer eigenen Kultur teilt, anstatt sich überlegen zu fühlen gegenüber Frauen aus anderen Kulturen.“[7]

Diese Autorin erklärt den arabischen Feminismus anhand ihrer eigenen Erfahrung und berichtet, dass *„der Widerstand der arabischen Frauen ein eigenständiges Phänomen“* sei. Die Kritik und die Opposition gegen die arabischen konservativen Glaubensführer und ihre Postulate des patriarchalen Islam stammt von den arabischen Frauen selbst. Sie wurden zu einer Gefahr ➲

1. Nawal Al-Saadawi (geb. 1931) ist eine entscheidende Figur, deren Arbeit mit der zweiten Welle des ägyptischen Feminismus der 1970er und 1980er Jahre begann. Im Jahr 1972 publizierte sie das Buch „Frauen und Sexualität", deren durchschlagende Analyse über die Sexualität der ägyptischen Frauen und die Konsequenzen für die Gesundheit die Debatte über die Praktiken der Genitalverstümmelung bei Mädchen anstieß. Wegen ihres feministischen Aktivismus gegen die Verstümmelung und ihrer Infragestellung der islamischen Religion landete sie im Gefängnis und musste später ins Exil gehen. Ein anderes Buch, „Das nackte Gesicht der arabischen Frau", erzählt ihre eigene Erfahrung, als sie in ihrer Kindheit Verstümmelung erlitt. Ein anderes ihrer berühmtesten Bücher schrieb sie im Gefängnis auf Toilettenpapier: „Memoiren der Frau im Gefängnis".
2. N. Al-Saadawi: Das nackte Gesicht der arabischen Frau. Madrid, Horas y Horas, 1991. S. 234.
3. Ebd.. S. 231-232.
4. Mary Nash: Trayectorias anticoloniales, poscoloniales y antirracistas. El rechazo de la subalternidad. In: Mujeres en el Mundo. Historia, retos y movimientos. Madrid 2004. S. 255. (Eigene Übersetzung.)
5. N. Al-Saadawi: Ebd.. S. 235.
6. Fátima Mernissi wurde 1940 in Fez (Marokko) geboren. Ihre intensive akademische Karriere begann sie mit einem Politikwissenschaftsstudium in Marokko. Danach studierte sie in Paris an der Sorbonne-Universität weiter und erhielt schließlich ihren Doktortitel in den USA. Sie kehrte in den 1970er Jahren nach Marokko zurück und lehrte als Professorin an der Mohammed-V.-Universität in Rabat. Ihr gesamtes akademisches Leben ist auch deshalb beeindruckend, weil sie Kind und Nichte von Analphabetinnen war. Sie schrieb eine Reihe von Werken, die in eine große Zahl von Sprachen übersetzt wurde, wie „Geschlecht, Ideologie und Islam" (1975, dt. 1987), „Herrscherinnen unter dem Islam – Die verdrängte Macht der Frauen im Islam" (1990, dt. 2004), „Das Marokko der Frauen" (1991), „Der Harem in uns – die Furcht vor dem anderen und die Sehnsucht der Frauen" (1994, dt. 1995), „Die Angst vor der Modernität: Der Islam und die Demokratie" (2007).
7. Fatima Mernissi: El poder olvidado. Las mujeres ante un Islam en cambio. Barcelona 1995. S. 47. (Eigene Übersetzung.)

für das patriarchale System und wurden deshalb von den konservativsten Glaubensführern beschuldigt, zerstörerische Ideen aus dem Westen importiert zu haben. Eine ziemlich scharfe Kritik, wenn man die Geschichte der imperialistischen Besatzung und europäischen Kolonialisierung kennt.

Mary Nash spricht von einer „doppelten Kolonisierung" der Frauen in diesen Gesellschaften und verweist damit auf die Verbindung zwischen der kolonialen Unterdrückung und der Frauenunterdrückung durch die einheimischen Herrschenden, ebenso wie auf die sich daraus ergebenden Formen der Klassenunterdrückung und die entsprechenden Strategien des Kampfes und des Widerstands.[8]

Die Benutzung des Kopftuchs und seine Symbolik

Die arabischen Feministinnen kritisieren den sogenannten „westlichen Feminismus" dafür, dass für ihn eine zwangsläufige Verbindung zwischen Kultur und Geschlechterunterdrückung besteht. Aus dieser Verbindung leitet sich die Strategie des „Aufgebens der einheimischen Kultur" als Weg zur Befreiung ab. Das Verbot des Kopftuchs, des Hidschab, ist Teil dieser Strategie.

Die Debatte um das Hidschab geht bis in das 19. Jahrhundert zurück. Im britisch besetzten Ägypten kamen damals Stimmen von einigen Persönlichkeiten der arabisch-muslimischen Welt auf, die für Frauenrechte kämpften, beispielsweise für den Zugang zu Bildung, und die, beeinflusst vom europäischen kolonialen Diskurs, die Benutzung des Kopftuches als „Ausdruck kulturellen Rückschrittes" bewerteten.

Die arabischen Feministinnen des 20. Jahrhunderts hinterfragten diese ReformerInnen und die Tatsache, dass diese als GründerInnen eines „ersten Feminismus" verstanden wurden. Es entstand ein antikolonialer Feminismus, der die Verwestlichung der Geschlechterpolitik kritisierte, welche sich im Verbot des Kopftuches in zahlreichen Ländern ausdrückte. Denn einen wirklichen Fortschritt bei den Rechten der Frau gab es nicht. So existierten zwei Seiten in der Debatte um das Hidschab: diejenigen, die es als ein Symbol für „kulturellen Rückschritt" wahrnahmen und jene, die es als Symbol der Identifikation mit der arabischen und muslimischen Kultur gegen die koloniale Bedrohung verstanden.

Um das Kopftuch, seine Bedeutung und seine Symbolik drehen sich viele historische und aktuelle Debatten. Deshalb ist es notwendig, die Argumente für und gegen seinen Gebrauch in ihre Kontexte einzubetten, um seine sich verändernde Bedeutung zu verstehen. Es gab wichtige Entwicklungen seit dem 20. Jahrhundert, als die nationalistischen oder islamistischen arabischen Frauen das Kopftuch als ein „Symbol des antikolonialen Widerstandes" ansahen. So beschreibt es auch Frantz Fanon in Bezug auf den antikolonialen Kampf in Algerien in den 1950er Jahren. Nach dem Verbot des Kopftuches durch die französischen Autoritäten traten 10.000 Frauen mit ihren Kopftüchern auf die Straßen, so wie es im Film „Schlacht um Algier" gezeigt wird.

Gleichzeitig entstanden Frauen- und feministische Bewegungen, die unter besonderen Umständen gegen den Kopftuch- und Burkazwang kämpften. Dabei hörten sie jedoch nie auf, gegen die Kolonialmächte genauso wie gegen die einheimische Elite vorzugehen. Ein Fall davon war der Frauenbund aus den 1920er Jahren. Er bestand vor allem aus Frauen der Oberschicht und konzentrierte sich in seinen Forderungen auf die Abschaffung des Kopftuches. Wie al Saadawi beschreibt war dies für die Arbeiterinnen und Bäuerinnen weniger wichtig, da sie dieses bei ihrer Arbeit in der Fabrik oder auf dem Feld gar nicht trugen.[9]

8. M. Nash: Ebd.. S. 231-232.
9. N. al Saadawi, op. cit., S. 235.

In Europa wurde diese Diskussion wieder aktuell durch das Verbot der Burka und des Niqab in Frankreich, Belgien, den Niederlanden, in Luxemburg, den Rathäusern von Katalonien (im Spanischen Staat), in der Hälfte aller deutschen Bundesländer und in Italien, wo die antiterroristischen Gesetze aus den 1970er Jahren das Tragen von Tüchern, die den Kopf bedecken, verbieten. Diese Verbote „im Namen der Freiheit" bedeuten für die betroffenen Frauen jedoch nichts weiter, als dass dadurch der alltägliche Rassismus und die Frauenfeindlichkeit, unter denen MigrantInnen leiden, versteckt werden.

Trends im Feminismus der arabischen Welt

Ausgelöst von den großen Kampf- und Organisierungserfahrungen entwickelten sich viele Debatten zwischen dem „arabischen und muslimischen Feminismus" und dem „islamischen Feminismus", der in den 1990er Jahren entstand. Es existieren große Differenzen zwischen diesen beiden Feminismen, gemeinsam haben sie aber die Ablehnung des „westlichen Feminismus", dessen „kultureller Imperialismus" zwei große Auswirkungen auf die feministische Bewegung hatte. Auf der einen Seite erzeugte er eine Ablehnung von feministischen Bewegungen innerhalb von islamischen, arabischen oder muslimischen Gesellschaften, was von konservativen politischen und religiösen Kräften ausgenutzt wurde, die den Feminismus als „Feind, der die traditionelle oder religiöse Kultur angreift" bezeichnen. Auf der anderen Seite entstand eine feministische Bewegung breiten Spektrums, vom Laizismus bis hin zum Islamismus, die in einigen Punkten zusammen- und in anderen aufeinandertreffen.[10]

Ein neues Buch, „Der Aufstieg des islamischen Feminismus"[11], erklärt den Aufstieg dieser Strömung.[12] Sie charakterisiert sich durch die Ablehnung des „westlichen Feminismus" oder der „Verwestlichung im Sinne des Aufgebens des Islam" als einzigen Weg, um die Befreiung der muslimischen Frau zu erreichen. Sie streben die Befreiung der Frau „im Rahmen des religiösen Islam" an und verurteilen die Abweichung von der islamischen Tradition. Außerdem erkennen sie eine Verfälschung der heiligen Texte. Eine Neulektüre der Texte soll mithilfe einer „Hermeneutik des Koran" einen „genuinen Islam" aus dem „die Frauen befreienden Koran" hervortreten lassen. Die bekanntesten islamischen Feministinnen sind Amina Wadud, Asma Barlas, Margot Badran (USA), Shaheen Sardar Ali (Pakistan) und Ndeye Andújar (Spanischer Staat).

Der „islamische Feminismus" grenzt sich zwar von den religiösen Anführern ab, die mit dem Argument der „Ablehnung der westlichen Durchdringung" die reaktionärsten patriarchalen Praktiken gutheißen. Es besteht aber trotzdem ein großer Widerspruch in dem Versuch, innerhalb einer Religion, die durch ihre engen Beziehungen mit dem Staat und den verschiedenen Institutionen des patriarchalen Systems eine feste Verbündete der kapitalistischen Gesellschaft ist, befreiende Charakteristiken für die Frauen zu suchen.

10. M. Nash: Ebd.. S. 238.
11. La emergencia del feminismo islámico. Selección de ponencias del Primer y Segundo Congreso Internacional de Feminismo Islámico. Barcelona 2008.
12. Der Aufstieg des „islamischen Feminismus" in den 1990er Jahren kann im Kontext dessen gesehen werden, was verschiedene westliche ForscherInnen „Re-Islamisierung" der politischen Sphäre nach den Jahrzehnten der Hegemonie des laizistischen Nationalismus genannt haben. Diesbezüglich ist der Artikel von Claudia Cinatti, „Islam político, antiimperialismo y marxismo", interessant, der noch immer eine große Gültigkeit zur Analyse des Aufstiegs des politischen Islams besitzt, obwohl er 2007 geschrieben wurde. Verfügbar auf Spanisch unter http://www.ft-ci.org.

Die arabischen und muslimischen Feministinnen kritisieren den „islamischen Feminismus“ deshalb und sagen, dass selbst durch eine „neue befreiende Lesart des Koran“ die enge Beziehung mit dem Staat, der politischen Macht und dem patriarchalen System nicht verschwindet. Dies gilt für den Islam wie für jede andere Religion. Der „arabische und muslimische Feminismus“ steht für die Befreiung der Frauen innerhalb eines arabischen und muslimischen kulturellen Paradigmas ein, lehnt jedoch den religiösen Islam und seinen unwiderruflich patriarchalen Charakter ab. Auch wenn einige von ihnen meinen, dass der Islam in bestimmten historischen Situationen Verbesserungen für die Frauen mit sich brachte, gehen sie davon aus, dass jede monotheistische Religion patriarchal ist und dass sich in dem strikt religiösen Rahmen keine Frauenbefreiung erringen lässt. Vertreterinnen sind Nayereh Tohidi und Valentine Moghadam (beide aus dem Iran). Letztere berichtet von der immer wichtiger werdenden Forderung nach einer Trennung zwischen Religion und Staat innerhalb der feministischen Bewegung.

Es war Nawal al Saadawi, die am stärksten auf diese Frage hingewiesen hat. In ihrem interessanten Buch „Das nackte Gesicht der arabischen Frau“ erzählt sie von den Verbindungen zwischen der arabischen und westlichen Gesellschaft, deren Wurzeln im patriarchalen System liegen, das schon immer von den Religionen fortgeführt wurde: *„Die Geschichte hat die enge Beziehung zwischen Wirtschaft und Religion offengelegt, zwischen den wirtschaftlichen Notwendigkeiten und den moralischen und sexuellen Werten einer bestimmten Gesellschaft“.*[13] Nach einer detaillierten Beschreibung der Behandlung der Frauen im Judentum, im Christentum und im Islam begründet sie ihre These, dass *„die monotheistischen Religionen sich bei der Festlegung der Rolle und der Position der Frauen von den patriarchalen und Klassengesellschaften haben inspirieren lassen“*.[14]

Trotz dieser synthetischen Klassifizierung ist es sehr schwer, eine genaue Trennlinie zwischen diesen beiden Strömungen zu ziehen. Viele Feministinnen teilen Elemente des islamischen Feminismus und des arabischen und muslimischen Feminismus. Ein gutes Beispiel für eine komplexe Mischung aus diesen zwei Strömungen ist die Feministin Fatima Mernissi.

Die Tausend und ein Probleme der Frauen aus „Tausend und einer Nacht“

Die in den westlichen Gesellschaften tief verwurzelte Position, arabische und muslimische Frauen als reine Opfer zu betrachten, muss bekämpft werden. Anstelle dessen müssen ihre historische Subjektivität, ihre Kämpfe und ihre Ideen für eine Umwandlung ihrer eigenen Gesellschaften bekannt gemacht werden.

Viele muslimische Feministinnen und Intellektuelle haben es sich zur Aufgabe gemacht, das verzerrte westliche Bild arabischer Frauen, das aus dem alten literarischen Werk „Tausend und eine Nacht“ stammt, zu zerstören. Dieses Bild besteht aus der Frau, die sich tanzend mit bauchfreiem Oberteil wie eine Schlange verbiegt und den Mann verführt, die durstig nach Sex ist, die inmitten von fliegenden Teppichen dunkle Sehnsüchte stillt und versteckte Spiele und Intrigen verspricht. Da muss kein Neid auf die Geschichten der Prinzessinnen aus der westlichen Kultur aufkommen. Al Saadawi sagt dazu: *„Es wäre wesentlich wissenschaftlicher und wahrer, eine vergleichende Studie zwischen den Lebensbedingungen der AraberInnen und EuropäerInnen zum Beispiel im Mittelalter aufzustellen, wo der von Männern besetzte Klerus als herrschende Klasse Frauen der Hexerei anklagte und sie unter den härtesten Folterstrafen dazu zwang, die gröbsten Obszönitäten zu beichten“*.[15]

Außerdem hat der historische und aktuelle Kampf der arabischen Frauen und das Entstehen einer feministischen Frauenbewegung mit zahlreichen Forderungen bewiesen, dass das Kopftuch oder der Bauchtanz nicht die größten Sorgen sind. Keiner bricht mehr mit dem Bild der Frauen aus „Tausend und einer Nacht“ als die Frauen, die wichtige Protagonistinnen des „arabischen Frühlings“ waren. Alleine 2010 gab es mehr als 300 Streiks, bei denen die Frauen aus der Routine ausbrachen, geplagt von der Mehrbelastung innerhalb der Familie, in der sich der Preisanstieg der wichtigsten Lebensmittel bemerkbar machte. Die Bilder der ägyptischen oder marokkanischen Frauen mit Schildern und Megaphonen, die sich gegen die Repressivkräfte wehrten, gingen um die Welt.

Der Protagonismus der arabischen Frauen wird verheimlicht oder nicht gesehen, stattdessen werden sie in den USA oder Europa als Opfer gesehen. Dies erhält und verstärkt den Rassismus und die Islamophobie Tag für Tag. Wenn die Unterdrückung der Frau eine doppelte ist, als Frau und Arbeiterin, dann verdreifacht sich die Klassenunterdrückung für die Frauen in den von den imperialistischen Mächten ausgebeuteten und unterdrückten Ländern.

aus „Ideas de Izquierda“ Nr. 17 aus Argentinien und „Contracorriente“ Nr. 43 aus dem Spanischen Staat – Übersetzung: Peter Robe

13. N. al Saadawi: Ebd.. S. 140.
14. Ebd.. S. 161.
15. Ebd.. S. 186.



Wir trauern um Leo

NACHRUF: Am 12. März starb Leo Norniella in Buenos Aires. Er war ArbeiterInnenführer bei Pepsico und Anführer der Partei Sozialistischer ArbeiterInnen (PTS).

VON PETER ROBE

Mit 39 Jahren nahm sich Leo Norniella Mitte März in Buenos Aires das Leben. Sein Selbstmord traf seine WeggefährtInnen sehr hart: seine Familie und FreundInnen, seine GenossInnen der PTS und der Trotzkistischen Fraktion – Vierte Internationale (FT-CI), und auch die ArbeiterInnen des Industriegürtels im Norden von Buenos Aires, wo auch die Pepsico-Fabrik liegt. Dort hatte er seit 17 Jahren gearbeitet, wichtige Kämpfe geführt und die ArbeiterInnen gegen die KapitalistInnen und die Gewerkschaftsbürokratie organisiert. Zu seiner Beerdigung versammelten sich deshalb zahlreiche ArbeiterInnen aus den verschiedenen Fabriken des ganzen Landes in Trauer.

So waren die KollegInnen von Lear anwesend, die seit neun Monaten gegen Entlassungen kämpfen, und die ArbeiterInnen aus Madygraf, einer von ihnen besetzten und in Betrieb gesetzten Druckerei, die für die entschädigungslose Enteignung und die Verstaatlichung unter ArbeiterInnenkontrolle kämpfen. Die ArbeiterInnen von Pepsico setzten einen arbeitsfreien Tag durch, um ihrer Trauer um den Verlust nachgehen zu können. Zuvor hatten die KapitalistInnen ihren grenzenlosen Zynismus gezeigt, indem sie einerseits den Lohnverzicht für diesen Tag forderten und gleichzeitig einen „Trauer"strauß an die Familie Norniella sendeten. Doch dieser fand seinen Weg nicht zum Grab von Leo.

Ein Held seiner Klasse

Leo geht in die Geschichte als jemand ein, der sich und die Interessen seiner Klasse nie verriet. In den „dunklen Neunzigern" der neoliberalen Offensive trat der damals 19-Jährige in die PTS ein, in der er lange Zeit Teil des Zentralkomitees sein sollte. Drei Jahre später fing er an, bei Pepsico zu arbeiten und war damit einer der PionierInnen der PTS innerhalb der IndustriearbeiterInnenklasse. Schnell machte er sich einen Ruf als Organisator innerhalb der Fabrik, unterstützte zuerst den Betriebsrat und wurde danach als Teil desselben gewählt. 2002 versuchte die Gewerkschaftsbürokratie ihn aus der Fabrik zu schmeißen. Seine damalige Lebensgefährtin Catalina Balaguer, ebenfalls ein wichtiges Gesicht der Belegschaft, trat für seine Verteidigung ein, wofür auch sie entlassen wurde. Die darauf folgende Kampagne führte zur Wiedereinstellung der beiden und setzte einen juristischen Präzedenzfall für BasisaktivistInnen.



Leo war eine der herausragenden Figuren der klassenkämpferischen Basisgewerkschaftsbewegung des letzten Jahrzehnts, zu der auch Poke Hermosilla, Betriebsrat von Kraft Foods und enger Freund von Leo, gehörte. Doch er war nicht nur ein Arbeiter, der auf der gewerkschaftlichen Ebene aktiv war – er vertrat auch offensiv politische Positionen und debattierte mit einigen der wichtigsten HistorikerInnen der ArbeiterInnenbewegung Argentiniens und Großbritanniens in der Zeitschrift *Ideas de Izquierda*.

Rotes Gedenken

Als persönliche und politische WeggefährtInnen, und vor allem als RevolutionärInnen trauern wir um Leo und wollen sein Erbe weiterführen. Wir wollen aus ihm keine Ikone ohne Makel machen, sondern aus seinen Stärken Kraft schöpfen und aus seinen – und unseren – Fehlern lernen. Das Leben von Leo lässt uns viele wertvolle Lehren ziehen. Anders als viele ließ er sich nie kaufen oder von seinen revolutionären Prinzipien abbringen.

Er hat sich und seine Klasse nie verraten und im Gegenteil die schwere Herausforderung, in der ArbeiterInnenbewegung eine revolutionäre Tradition zu säen und gegen den Strom zu schwimmen, angenommen und in seinem gesamten Leben verfolgt. Lenin sagte, dass es am Schwersten ist, in nicht-revolutionären Situationen revolutionär zu sein, wo nur wenige die eigenen Ideen teilen. Diese Erschöpfung und Isolation auszuhalten, bedarf einer einzigartigen revolutionären Moral, die Leo verkörperte. Dennoch konnte diese barbarische Welt, durchzogen von Krieg und Ausbeutung, Leos Kampfmoral am Ende brechen. Wir waren nicht in der Lage, ihn in unseren Reihen zu halten. Umso mehr müssen wir nun sein Erbe weitertragen, seinen Kampf zu Ende führen.

Nachdem zahlreiche ArbeiterInnenführerInnen, VertreterInnen verschiedener politischer Organisationen und der PTS ihre Trauerworte sprachen, wurde auf der Beerdigung die Internationale angestimmt und danach von allen in Trauer *„Leo, presente!"* („Leo ist hier") gerufen. Auch wenn Leo ein weiteres Opfer dieses unmenschlichen Systems geworden ist, müssen wir die Lehren seines Lebens ziehen und den Kampf für Leo, für das Erreichen des Kommunismus, weiterführen.

Wir trauern um Emmely

NACHRUF: Barbara „Emmely“ Emme, die Kaiser's-Kassiererin, die mit viel Mut für ihre Rechte kämpfte, ist im Alter von 57 gestorben.

VON JANOS BERGMANN

Am 23. März starb Barbara „Emmely“ Emme mit 57 Jahren an Herzversagen. Wir trauern um die mutige Kämpferin, die sich unermüdlich gegen die Ungerechtigkeit auflehnte, die ihr das Management der Supermarktkette Kaiser's immer wieder antat. Mit ihr verliert die deutsche ArbeiterInnenbewegung eine große Quelle der Inspiration und des Kampfgeistes. Für ihr Erbe wollen wir kämpfen.

„Emmely“ wurde 2008 zum Symbol des Kampfes gegen Unternehmenswillkür, Gewerkschaftsfeindlichkeit und Prekarisierung. Nachdem sie 15 Jahre bei Kaiser's als Kassiererin gearbeitet hatte, wurde sie fristlos gekündigt, weil sie angeblich zwei Pfandbons im Wert von 1,30 Euro eingelöst hatte. Zuvor hatte sie ihre KollegInnen im vorangegangenen Einzelhandelsstreik organisiert und war in ihrer Filiale als Streikführerin aufgetreten. Das Motiv von Kaiser's war eindeutig: Die mutige Kämpferin sollte dafür abgestraft werden, dass sie sich für ihre Rechte und die ihrer KollegInnen eingesetzt hatte.

Doch Kaiser's hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht: Emmely setzte sich zur Wehr. Zweieinhalb Jahre lang kämpfte Emmely gemeinsam mit einem Solidaritätskreis aus gewerkschaftlichen und linken UnterstützerInnen gegen ihre Entlassung. Nach endlosen Gerichtsprozessen und Urteilen gegen sie musste Kaiser's sie schließlich wieder einstellen. Sie bot nicht nur ihren Bossen und der deutschen Justiz eisern die Stirn, sondern auch der Gewerkschaftsbürokratie, die ihren Kampf schon längst abgeschrieben hatten. Emmely erteilte ihnen allen eine Lektion der Klassenmoral und bot somit eine Inspiration für Tausende ArbeiterInnen im ganzen Land, die sich an ihrem Kampf ein Beispiel nahmen.

Tochter der Annexion

In der DDR geboren, begann Emmely 1977 ihre Arbeit in der Handelsorganisation (HO). Mit der Annexion der DDR und der folgenden Expansion des westdeutschen Kapitals wurde die HO von Kaiser's-Tengelmann gekauft, inklusive einem Teil ihrer ArbeiterInnen, unter anderem Emmely.

Mit der Wiedereinführung des kapitalistischen Marktes begann ein schmerzhafter und dramatischer Prozess der Integration von Millionen von ostdeutschen ArbeiterInnen in eine Gesellschaft, die den Traum des Fortschritts verkündete, aber nichts anzubieten hatte außer Prekarisierung, Zerstörung



der Lebensqualität und Arbeitslosigkeit. Eine ArbeiterInnenklasse „zweiter Klasse“ entstand, die dem deutschen Kapital als billige Arbeitskraft und Konkurrenzdruck gegen ihre westdeutschen KollegInnen dienen musste.

Der Fall Emmely brach den Glauben an die deutschen Institutionen und ihre Legalität. Er zeigte, dass der deutsche Staat ein Klassenstaat und seine Justiz eine Klassenjustiz ist. Für viele, die den deutschen Staat als „demokratisch und gerecht“ wahrnehmen, war die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts ein Anzeichen für die „Gesundheit“ der deutschen Institutionen. Was sie jedoch nicht verstehen, ist, dass es nur aufgrund von Emmelys Klassenbewusstsein, ihrer stahlharten Moral und der großen Solidarität möglich war, die vorherigen Gerichtsurteile zurückzuschlagen und die deutsche Justiz zu einem Urteil zum Vorteil der ArbeiterInnen zu zwingen.

Nach dem Gerichtsurteil im Jahr 2010 kehrte Emmely mit großer Würde an ihren alten Job zurück, ohne aufzuhören zu kämpfen und sich mit anderen Kämpfen zu solidarisieren. Sie nahm am Einzelhandelsstreik 2013 teil und engagierte sich gegen das sogenannte „Tarifeinheitsgesetz“. In einem Land mit einer derart dominanten Gewerkschaftsbürokratie wie der deutschen, hätte Emmely von ver.di kooptiert werden können (wie es viele andere taten), aber sie wollte lieber bei ihren KollegInnen bleiben.

Eine neue Tradition

Die Jahre der Ruhe für die deutsche Bourgeoisie und die Gewerkschaftsbürokratie nähern sich ihrem Ende. Der Anstieg der Armut, die lange Stagnation der Löhne und ein immer prekärerer Arbeitsmarkt sorgen für die Notwendigkeit zu kämpfen. Neben traditionellen Streiks, in denen die Gewerkschaftsbürokratie uns ein ums andere Mal ihre verräterische Rolle vorführt, entwickeln sich immer mehr Kämpfe, die aus diesem traditionellen Modell ausbrechen, insbesondere in den Sektoren, die von der Krise am stärksten getroffen wurden. Der aktuelle Kampf bei Amazon ist ein Beispiel davon.

Auch wenn Emmely ein „Einzelfall“ war, zeigte er auf, was die ArbeiterInnenklasse erreichen kann, wenn sie sich entscheidet, für ihre Interessen zu kämpfen – gegen die „Gerechtigkeit“ der herrschenden Klasse und ihrer PolitikerInnen, und allein auf die Klassensolidarität vertrauend.

Die größte Hommage an Emmely – wie auch an viele andere ArbeiterInnen, die nicht mehr unter uns sind – ist es, für ihr Erbe zu kämpfen. Sie wird eine Quelle der Inspiration und des Mutes bleiben, für die neuen Generationen von ArbeiterInnen, die zu kämpfen beginnen, für eine Zukunft im Sinne der Ausgebeuteten und Unterdrückten.



Befristungen zurückschlagen!

AMAZON: Während der Kampf um den Tarifvertrag weitergeht, wehren sich fünf mutige Betriebsratsmitglieder gerichtlich gegen Befristungen.

VON STEFAN SCHNEIDER







Protest vor dem Arbeitsgericht

Für multinationale Konzerne wie Amazon ist Deutschland in vielerlei Hinsicht ein *El Dorado*: ein riesiger Binnenmarkt, Subventionen *en masse*, und durch Hartz-IV-Schikane und Jobcenter-Erpressung gefügig gemachte – und noch dazu billige – Arbeitskräfte. Die Regierung Schröder/Fischer hat mit der Agenda 2010 ein neues deutsches Akkumulationsmodell geschaffen: beruhend auf Befristung, Leiharbeit, drakonischen Sanktionen für Jobcenter-„KundInnen", und das alles im Herzen der hochtechnisierten deutschen Wirtschaft.

Für die lohnabhängige Klasse hingegen bedeutete die Agenda 2010 einen in der Nachkriegszeit beispiellosen Zerfall ihrer Lebensbedingungen. Verbunden mit der Kapitulation der Gewerkschaftsführungen vor der Agenda 2010 erwuchs daraus ein Einbruch des gewerkschaftlichen Organisationsgrads. Eine neue Generation prekär Beschäftigter entstand, die nicht nur nichts anderes kannte als Befristung, Leiharbeit und Hungerlöhne, sondern die auch noch nie einen Arbeitskampf, geschweige denn einen Sieg, miterlebt hatte.



Eine neue Generation

Also wirklich alles goldig für Amazon und Co.? Nicht ganz. Denn in den letzten Jahren rütteln immer mehr prekär beschäftigte KollegInnen an den Grundfesten dieses Akkumulations- und Ausbeutungsmodells. Oft ohne vorherige Kampferfahrung, mit niedrigen Organisationsgraden und ohne den Rückhalt fester Arbeitsverhältnisse sind sie dabei häufig mit UnternehmerInnen konfrontiert, die auf die maximale Abpressung des Mehrwerts bauen und dabei jegliches Hindernis – wie gewerkschaftliche Organisierung im Betrieb – aus dem Weg räumen wollen. Doch nichtsdestotrotz sagen immer mehr prekär Beschäftigte: „Es reicht!". Diesen Mut, diese Klassenmoral kann man gar nicht überschätzen.

Besonders die radikale Linke in Deutschland, die lange schon die Vorstellung der ArbeiterInnenklasse als Subjekt des Kampfes aufgegeben hat, muss es nun begreifen: Vor unseren Augen entsteht eine neue Generation von KämpferInnen – anfänglich, mit vielen Grenzen und ohne viel Erfahrung, doch mit Mut und Entschlossenheit. Die Gewerkschaftsapparate sind dabei häufig eher Hindernis als Hilfe im Kampf. Umso notwendiger, dass RevolutionärInnen Perspektiven von Koordinierung und Selbstorganisation in diese Auseinandersetzungen hineintragen.

Eine neue Stufe

Besonders ausdauernd kämpfen die Beschäftigten von Amazon. Seit nunmehr zwei Jahren kämpfen sie für einen Tarifvertrag, der bessere Löhne, mehr Urlaub, mehr Weihnachtsgeld und ein Ende von Befristung und grenzenloser Überwachung bedeuten würde. Zu Ostern schlugen die Amazon-KollegInnen ein neues Kapitel in ihrer Streikgeschichte auf: Nicht nur streikten sie erstmals in Leipzig und Bad Hersfeld aus dem laufenden Betrieb heraus (also ohne vorherige Ankündigung), sondern sie streikten auch gemeinsam mit ihren KollegInnen der Deutschen Post/DHL.

Der Kampf der Amazon-KollegInnen braucht diese neue Stufe der Koordination und Verbindung mit anderen ArbeiterInnen. Das Signal wäre klar: Gemeinsam lassen sich Befristung, Leiharbeit und Hungerlöhne zurückschlagen. Die Forderung nach einem Tarifvertrag bei Amazon ist deshalb nicht einfach so eine ökonomische Forderung, sondern ein Grundstein zur Veränderung der Kräfteverhältnisse der Klassen im imperialistischen Zentrum.

Für Entfristung kämpfen!

Während die Amazon-Beschäftigten an sechs Standorten für einen Tarifvertrag kämpfen, ist der Organisationsgrad am Standort Brieselang bei Berlin noch zu niedrig für einen Streik. Das heißt aber nicht, dass die dortigen KollegInnen sich kampflos dem Willen der Geschäftsführung beugen. Im Gegenteil: Sie versuchen auf ihre Weise, an den Kräfteverhältnissen zu drehen. Gemeinsam mit dem Berliner *Solidaritätskreis für die Beschäftigten bei Amazon* organisieren sie seit Monaten eine Kampagne gegen Befristung, dem gravierendsten Problem und Hindernis für gewerkschaftliche Organisierung in Brieselang.

Schon im Dezember, kurz vor Neujahr, hatte die Geschäftsführung mehr als 900 befristete Verträge nicht verlängert. Im Januar folgte dann das Ende des Arbeitsvertrags für weitere 45 KollegInnen. Unter ihnen sind auch fünf Betriebsratsmitglieder, die sich dagegen vor dem Arbeitsgericht wehren. Die nächsten Gerichtstermine stehen am 28. Mai und 24. Juni an. Dort wollen die Beschäftigten gemeinsam mit dem Solidaritätskreis wie schon zuvor lautstark sagen: Es reicht! Entfristung jetzt! Dabei wollen sie auch für die mehr als 200 KollegInnen kämpfen, deren Verträge bis zum 30. Juni befristet sind.

Eine massive Kampagne gegen Befristung bei Amazon, unterstützt von der hauptstädtischen Linken und von gewerkschaftlichen Basisorganisationen, wäre ein großer Schritt zur Verbreiterung der Streikfront. Denn ein Sieg vor dem Arbeitsgericht, verbunden mit einer Bewegung im Betrieb, die sich gegen die skandalöse Befristungspraxis stellt, könnte den Boden dafür bereiten, dass auch Brieselang bald in den Streik tritt. Gemeinsam müssen wir dem Modell Amazon den Kampf ansagen!

Ein Angriff auf uns alle

POST: Die Deutsche Post AG kündigt durch den erzwungen Wechsel in Tochterunternehmen die „Sozialpartnerschaft". Doch ver.di möchte nur eine ganz normale Tarifrunde führen.

VON OSKAR HUBER

Seit dem 1. April wird bei der Post gestreikt. Zurzeit läuft die dritte Verhandlungsrunde zwischen ver.di und der Deutschen Post AG. Die Dienstleistungsgewerkschaft fordert insbesondere eine Senkung der Arbeitszeit.

Doch es ist keine Tarifrunde wie jede andere, denn sie wird überschattet vom größten Angriff auf die gesamte Belegschaft seit der Privatisierung des ehemaligen Staatsunternehmens. Die Post lagert mit dem Trick der Gründung einer eigenen „Delivery GmbH" und ihrer 49 „Regionalgesellschaften" allein in Deutschland tausende Arbeitsplätze – zunächst der Paketzustellung – in prekäre Arbeitsbedingungen aus.

Befristung ist Erpressung

Hintergrund der Ausgliederung sind die „zu hohen" Löhne bei der Deutschen Post AG, die auf einen Haustarifvertrag mit ver.di zurückgehen. Mit Zunahme der Lieferungen im Handel – wie für den Prekarisierungs-Weltmeister Amazon – müssen die Stückkosten gedrückt werden. Die Post will in „Delivery" lieber nach dem viel niedrigeren Logistik-Tarifvertrag bezahlen, womit sie den alten Haustarifvertrag unterläuft und viele neue und alte ArbeiterInnen in Armut und Unsicherheit zwingt.

Niemand geht freiwillig zu „Delivery". Man wird stattdessen beim Auslaufen seines befristen Post-Vertrags vor die Wahl gestellt, einen neuen Vertrag bei der Regionalgesellschaft zu unterzeichnen oder zu gehen. Die dafür genutzte Befristungspraxis der Post trägt schon seit Jahren groteske Züge: Eine Post-Arbeiterin bekam von 2007 bis 2014 ganze 1.400 Arbeitsverträge – für jeden Arbeitstag einen! Dieser Extremfall wurde aufgedeckt und als rechtsmissbräuchlich befunden. Die übliche Befristung hingegen, die den Bossen zur Zerstückelung und Einschüchterung der Belegschaft sowie zur Lohndrückung gute Dienste tut, sei „grundsätzlich legal", gesteht der DGB-Rechtsschutz ein.[1]

Auf dem Altar der Sozialpartnerschaft geopfert

Die Ausgründung in „Regionalgesellschaften" ist ein Angriff auf die relativ gute gewerkschaftliche Organisierung bei der Post, auf die ver.di lange stolz war. In den ausgegründeten „neuen" Unternehmen beginnt alles bei Null: Haustarifvertrag, Betriebsräte, Vertrauensleute – alles weg, als hätte es nie so etwas gegeben, obwohl exakt die gleiche Arbeit von oft den gleichen Leuten getan wird. Damit ist die angebliche „Sozialpartnerschaft" bei der Aktiengesellschaft tot, könnte man meinen.

Doch all das hat anscheinend nicht viel mit dem Streik zu tun: ver.di geht nicht mit Arbeitskampfmaßnahmen gegen den erzwungenen Wechsel von Beschäftigten in Tochterunternehmen vor. Die Dienstleistungsgewerkschaft bemüht dazu lediglich ein gerichtliches Verfahren. Davon ist aber nicht viel zu erwarten, denn das bürgerliche Recht ist vor allem das Recht auf Privateigentum an den Produktionsmitteln. Prekarisierung an sich ist im Kapitalismus erlaubt, nur ihr „Missbrauch" nicht. „Konkurrenzfähig bleiben" ist fürs Bürgertum kein Missbrauch. Was die Post AG mit ihrem Privateigentum macht, wird vor Gericht ihre Sache bleiben.

1. DGB Rechtsschutz GmbH: Deutsche Post AG experimentiert an Menschen: http://www.dgbrechtsschutz.de/recht/arbeitsrecht/befristung/deutsche-post-ag-experimentiert-an-menschen-wie-viele-befristungen-kann-ein-arbeitnehmer-aushalten/.

Wenn ver.di die Beschäftigten der Tochterunternehmen „opfert", macht sie dabei selbst herbe Verluste: Sie wird auf viele freigestellte BetriebsrätInnen verzichten müssen und ihre Vertrauensleute-Struktur verlieren. Der Neuaufbau einer Organisierung müsste unter schlechtesten Voraussetzungen stattfinden: Die Belegschaften der Tochterfirma gehen dann aus der Kapitulation hervor, geopfert auf dem Altar einer toten „Sozialpartnerschaft".

Doch sowohl die sinnlosen Opfer der ArbeiterInnenklasse als auch die eigener Privilegien scheinen der Gewerkschaftsbürokratie vertretbar, um die Tarifrunde in geregelten Bahnen zu halten und dem bürgerlichen Recht genüge zu tun, das vom Kapital gemacht wurde und von den KapitalistInnen trotzdem noch bei jeder Gelegenheit gebeugt und geschunden wird.

Ausweitung des Kampfs

Wenn die momentanen Kampfmittel beibehalten und nur ein Routine-Streik in der Kernbelegschaft durchgeführt wird, wird nicht nur die Kampfstärke durch den Verzicht auf jegliche Gegenwehr zur Massenprekarisierung erheblich geschwächt. Auch wird jede Tarifrunde, jede betriebliche Auseinandersetzung überhaupt schwächer, wenn schon quasi im eigenen Haus eine Lohn- und Arbeitsbedingungen-Konkurrenz besteht.

Um die Niederlage abzuwenden, muss der Kampf auf die Delivery GmbH ausgeweitet werden, ebenso auf die Beschäftigten in der gleichen und verwandten Branche, die mit diesem Angriff alle gemeint sind. Wenn die Pseudo-Einheit mit dem Kapital stirbt, muss endlich die Einheit der ArbeiterInnen zum Leben erweckt werden. Ein Streik aller PostlerInnen, gemeinsam mit den Amazon-Beschäftigten, wäre der richtige Schritt gegen Lohndrückerei in Ausgründungen, Befristungen und Prekarisierung.

ONLINE LESEN...
Suphi Toprak: Großangriff der Post



KLASSEGEGENKLASSE
Zeitschrift der **Revolutionären Internationalistischen Organisation** | Deutsche Sektion der **Trotzkistischen Fraktion – Vierte Internationale** | Preis: **1 Euro** | Solipreis: **2 Euro**

Kein Gefängnis für Gaëtan!

FRANKREICH: Internationale Solidarität mit Gaëtan nach skandalöser Verurteilung.

VON AARON MEINHARD

Am 26 Oktober traf eine Schockgranate der Polizei den 21-Jährigen Rémi Fraisse. Er starb sofort. Der Biologiestudent hatte mit vielen anderen AktivistInnen gegen den Bau eines Staudamms bei der südfranzösischen Stadt Sivens in der Nähe von Toulouse protestiert.

Diese Ermordung eines jungen Aktivisten im Rahmen harter Polizeiangriffe auf die Proteste führte landesweit zu Demonstrationen. Auch hier kam es zu massiven Auseinandersetzungen zwischen den vor allem jugendlichen DemonstrantInnen und der Polizei. Die Behörden reagierten, indem sie Demonstrationen verboten.

Immer mehr Repression

Als wären der Mord und die darauf folgenden antidemokratischen Angriffe des Staates nicht skandalös genug: Vielen der DemonstrantInnen wurde der Prozess gemacht, weil sie die Verbote ignoriert hatten. Unter ihnen ist auch Gaëtan, ein Genosse der Jugend der Neuen Antikapitalistischen Partei (NPA) in Toulouse. Vielen AktivistInnen wurden im Dezember Haftstrafen ausgesprochen. Gaëtan wurde zu zwei Monaten Haft auf Bewährung und 1.100 Euro verurteilt.

Anfang April kam es jedoch noch dicker, nachdem auf juristischem Weg Berufung gegen diese Urteile eingelegt wurde. Während die Haftstrafen vieler AktivistInnen bestätigt wurden, wurde Gaëtan nun zu sechs Monaten Haft verurteilt, davon nur vier auf Bewährung, d.h. er muss für zwei Monate ins Gefängnis. Zusätzlich wurde die Geldstrafe von 1.100 Euro bestätigt.

Daraufhin wurde insbesondere von unserer Schwesterorganisation, der Revolutionären Kommunistischen Strömung (CCR) in der NPA, eine massive internationale Kampagne lanciert. Denn Urteile, die nach eingelegter Berufung ausgesprochen werden, werden in Frankreich von einer weiteren Instanz überprüft und können abgemildert werden. Um dies zu erreichen und aufzuzeigen, dass wir uns Angriffe des bürgerlichen Staates auf unsere Rechte nicht gefallen lassen, sollte nun großer politischer Druck aufgebaut werden. Keine Verurteilung für die Teilnahme an Demonstrationen!

Weltweite Solidarität

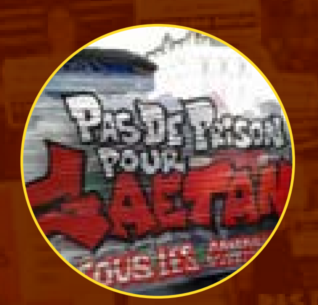
Tausende ArbeiterInnen und Jugendliche unterstützten Gaëtan, indem sie beispielsweise Bilder von sich selbst schossen, in denen sie mit Plakaten ihre Solidarität erklärten. Von hunderten Organisationen, Parteien, Gewerkschaften und kämpfenden Belegschaften kamen solche Botschaften. Abgeordnete der Front der Linken und der ArbeiterInnen (FIT) aus Argentinien beteiligten sich. Genauso unterstützte die föderale Leitung des französischen Gewerkschaftsverbandes *SUD Solidaires* den Genossen. In vielen Ländern wurden Kundgebungen vor französischen Botschaften abgehalten, so auch in Berlin.

Auch bekannte Intellektuelle wie der slowenische Philosoph Slavoj Žižek, der US-amerikanische Sprachwissenschaftler Noam Chomsky oder die kanadische Schriftstellerin Naomi Klein treten gegen diese Verurteilung ein.

Heuchelei der Regierung

Diese Kampagne ist besonders wichtig, wenn man das Urteil und die Repression in den Kontext der politischen Situation Frankreichs stellt. Seit Jahren erhöht der bürgerliche Staat hier die Repression gegen Jugendliche in den ArbeiterInnen- und MigrantInnenvierteln, gegen politische AktivistInnen oder kämpfende ArbeiterInnen. So wurden bereits im vergangenen Jahr Demonstrationen gegen den israelischen Angriff auf Gaza verboten. Besonders aber ist es natürlich angesichts der großspurigen Reden nach dem Attentat auf Charlie Hebdo heuchlerisch. Die bürgerlichen PolitikerInnen reden über Meinungsfreiheit und lassen gleichzeitig Jugendliche einsperren, weil sie gegen Polizeigewalt demonstrieren.

Dagegen zeigt die Kampagne gegen die Verurteilung von Gaëtan und aller anderen DemonstrantInnen, dass wir uns gemeinsam gegen die Angriffe auf unsere demokratischen Rechte wehren können. Ihre Ausstrahlungskraft reicht weit über den konkreten Fall hinaus. Und sicher ist: Die Angriffe des bürgerlichen Staates werden nicht weniger. Unsere Antwort darauf: Hoch die internationale Solidarität!

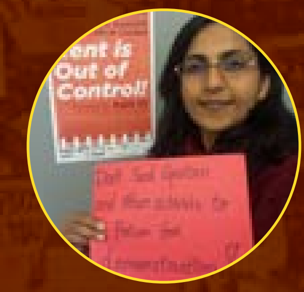


Graffiti in Paris



Nicolás del Caño, Buenos Aires


Jugendgruppe RedBrain, Berlin


Kshama Sawant, Stadträtin, Seattle